



Antrag

Fraktion AfD

Linke Indoktrination an unseren Schulen beenden - Förderung des Schulnetzwerks „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ einstellen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zur Schule als Ort der geistigen, körperlichen und gesellschaftlichen Bildung, an dem ideologische Indoktrination sowie politischer Meinungs- oder Gesinnungsterror keinen Platz finden. In diesem Sinne spricht er dem Programm „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ seine Missbilligung aus.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die in der Landeszentrale für politische Bildung ansässige Landeskoordination des Schulnetzwerks „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ ersatzlos zu schließen.
3. Der Landtag trifft die Übereinkunft, das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ bei künftigen Haushaltsplanungen nicht mehr zu berücksichtigen.

Begründung

Bei „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ handelt es sich um ein bundesweites Projekt des Vereins Aktion Courage e. V., der sich u. a. als Bündnis zur „Überwindung von Intoleranz und Hass“ versteht (Vereinssatzung § 1 Abs. 3). Gegen eine vorgeblich freiwillige Erklärung durch mindestens 70 Prozent aller der jeweiligen Schule zugehörigen Personen (Schüler, Lehrkörper, Verwaltungspersonal etc.) können Schulen den Titel „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ erhalten und sich damit im Sinne der Programmideologie verpflichten.

Die Mitgliedschaft im Netzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ ist mit der Auflage verbunden, regelmäßige Veranstaltungen zu Themen wie Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz durchzuführen. Derartige Projekte stehen jedoch immer

(Ausgegeben am 16.05.2018)

wieder im Verdacht, zur (partei-)politischen Beeinflussung der Schüler beizutragen. Ein anschauliches Beispiel stellt die, laut Presseberichten gegen das Ergebnis der vergangenen Bundestagswahl gerichtete, Protestaktion eines Osterburger Gymnasiums im September 2017 dar.

Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion fördert das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ eine gefährliche Verschränkung zwischen Schule und Politik: Der vermeintliche „Kampf gegen rechts“ wird auf politische Daseinsformen außerhalb des Extremismus ausgeweitet und gedeiht so zur politischen Meinungsmache gegen Andersdenkende.

Ein weiteres Problem besteht in der vermeintlichen Freiwilligkeit des durch Schüler, Lehrer und Angestellte per Unterschrift zu leistenden Bekenntnisses, das als Voraussetzung zum Erwerb des Titels „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ dient. Gerade Kinder und Jugendliche können leicht der Beeinflussung durch pädagogische Autoritätspersonen unterliegen, die sie bewusst oder unbewusst zu einem politischen Bekenntnis drängen. Zeichnet sich echte Courage gerade dadurch aus, seinen persönlichen Standpunkt auch gegen vorherrschende Meinungen und Gruppenzwang zu vertreten, führt sich das Schulnetzwerk auf diese Weise selbst ad absurdum.

Robert Farle
Parlamentarischer Geschäftsführer